Pressemitteilung 36/2017 | 27.04.2017

Gipfeltreffen mit Lagarde und Schwesig

Studentinnen der HWR Berlin beim W20-Treffen im Gespräch mit IWF-Direktorin Lagarde und Bundesfamilienministerin Schwesig

Economic Empowerment of Women: Was muss getan werden, um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern im Erwerbsleben und in der Zivilgesellschaft zu ermöglichen? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Diskussionsrunde, zu der die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig Studentinnen der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin am 25. April 2017 eingeladen hatten.

In dem Gespräch, das in sehr offener und persönlicher Atmosphäre am Rande des W20-Treffens in Berlin stattfand, tauschten sich die 21 Studentinnen und die beiden hochrangigen Politikerinnen darüber aus, wie globale Geschlechterungleichheiten überwunden und die ökonomische Beteiligung von Frauen in den G20-Mitgliedstaaten vorangetrieben, ihre Wirtschaftskraft gestärkt werden sollen. IWF-Direktorin Christine Lagarde betonte: „Beim Streben nach ökonomischem Wohlstand und finanzieller Stabilität benötigen wir viel mehr Frauen in der Finanzwelt." So ging es in dem anregenden Gespräch auch um persönliche Karrierewege. Lagarde und Schwesig zeigten sich sehr interessiert daran, welche Erwartungen die jungen Frauen mit ihrer beruflichen Zukunft verknüpfen, welche Herausforderungen sie sehen beim Einstieg in die Arbeitswelt nach dem Studium.

Die Studentinnen der internationalen Masterstudiengänge International Economics, Political Economy of European Integration und Labour Policy and Globalisation der HWR Berlin nutzten die Gelegenheit und richteten viele fachliche Fragen an die Direktorin des IWF und die Bundesfamilienministerin. Die Themen reichten von der Digitalisierung bis zur Situation der Frauen als formelle und informelle Arbeitskräfte in Privathaushalten, drehten sich um die Integration der Frauenarbeit in sozialrechtliche Mindeststandards und die Auswirkungen der Austeritätspolitik auf deren ökonomische Lage. Auch die Situation von Migrantinnen weltweit wurde angesprochen und der Komplex der Kinderbetreuung.

Die Studierenden und die beiden politischen Entscheidungsträgerinnen diskutierten, ob und weshalb Frauenquoten notwendig sind und kamen überein, dass die Bezeichnung *Quotenfrau* als Auszeichnung anzusehen ist. Denn nur ebenso gut qualifizierte Frauen würden im Vergleich zu männlichen Konkurrenten überhaupt als Quotenfrauen gelten, so das Argument.

Die deutsche Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, sagte: „Ich freue mich über diesen spannenden und lebhaften Austausch mit Christine Lagarde und den Studentinnen. Christine Lagarde ist in ihrer Position als Frau auf einem Spitzenposten in der Finanzwelt ein Vorbild für viele, gerade junge Frauen. Sie macht sich stark für mehr Frauen in Führungspositionen. Denn davon gibt es immer noch viel zu wenige. Frauen

müssen mitreden und mitbestimmen, wie wir mit den Herausforderungen unserer Zeit umgehen“, so Schwesig. Bei allem Erreichten, Gesetze allein könnten die Machtstrukturen nicht durchbrechen, durch die viele Frauen von wirtschaftlichen Chancen weiterhin ferngehalten würden, betonte die Ministerin und appellierte an die Studentinnen: „Wir brauchen auch starke Frauen die zeigen, dass es geht.“

Organisiert hatte das Treffen Dr. Friederike Maier, Professorin für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Verteilung und Sozialpolitik und Stellvertretende Direktorin des Harriet Taylor Mill-Instituts für Ökonomie und Geschlechterforschung an der HWR Berlin. „Die lebhafte und offene Diskussion gibt viel Stoff zur weiteren Diskussion und Reflexion, zum Beispiel über die Rolle internationaler Institutionen bei der Durchsetzung von Frauenrechten und Geschlechtergerechtigkeit“, sagte Maier im Anschluss und, dass alle Teilnehmerinnen aus der Gesprächsrunde mit dem Fazit und dem Vorsatz herausgingen: „Es bleibt noch viel zu tun. Wir arbeiten weiter für die Rechte der Frauen.“

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin)
Die Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin ist mit über 12 000 Studierenden eine der großen Hochschulen für angewandte Wissenschaften – mit ausgeprägtem Praxisbezug, intensiver und vielfältiger Forschung, hohen Qualitätsstandards sowie einer starken internationalen Ausrichtung. Das Studiengangsportfolio umfasst Wirtschafts-, Verwaltungs-, Rechts- und Sicherheitsmanagement sowie Ingenieurwissenschaften in über 60 Studiengängen auf Bachelor-, Master- und MBA-Ebene. Die HWR Berlin unterhält 195 aktive Partnerschaften mit Universitäten auf allen Kontinenten und ist Mitglied im Hochschulverbund „UAS7 – Alliance for Excellence“. Als eine von Deutschlands führenden Hochschulen bei der internationalen Ausrichtung von BWL-Bachelorstudiengängen und im Dualen Studium belegt die HWR Berlin Spitzenplätze in deutschlandweiten Rankings und nimmt auch im Masterbereich vordere Plätze ein. Die HWR Berlin ist einer der bedeutendsten und erfolgreichen Hochschulanbieter im akademischen Weiterbildungsbereich und Gründungshochschule. Die HWR Berlin unterstützt die Initiative der Hochschulrektorenkonferenz „Weltoffene Hochschulen – Gegen Fremdenfeindlichkeit“.

www.hwr-berlin.de